

## **ERINNERN HEISST RECHENSCHAFT ABLEGEN**

### I.

Als Ort *der* Wannsee-Konferenz vor 50 Jahren ist dieses Haus zu einem Symbol des schrecklichsten Verbrechens an den Juden geworden, das Menschen jemals erdacht, geplant und ausgeführt haben.

Diese Konferenz und dieser Ort werden für immer in unserer Geschichte für die ungeheuerliche Dimension der so genannten „Endlösung der Judenfrage“ stehen, für die kalte Bürokratisierung des Massenmords. Das Protokoll der Konferenz bezeugt die Komplizenschaft des gesamten deutschen Staatsapparats bei der geplanten Massenvernichtung von elf Millionen europäischen Juden. Es konfrontiert uns mit einem Schreibtischtätertum, das sich auf barbarisches Handeln auf Verordnungen und Anweisungen stützt, die bürokratisch-penibel, aber in gängiger Rechts- und Verwaltungssprache abgefasst sind. Auf erschreckende Weise wird deutlich, wie Recht pervertiert wird, wie das System mit seiner Organisation das Gewissen zum Schweigen bringt. Und doch gilt, dass die persönliche Verantwortung bestehen bleibt. Das, was am 20. Januar 1942 hier am Wannsee geschah und was sich in der Folge fortsetzte, hat Theodor Heuss 1952 bei der Einweihung des Gedenkmals in Bergen-Belsen die „Pedanterie des Mordens“ genannt. Die Gedenkstätte „Haus am Wannsee“ steht für die Pedanterie der Mordplanung. Diese Stätte konfrontiert uns mit den Kopftätern, den Komplizen Hitlers und den Abgründern der von Menschen erdenkbaren, erdachten und praktizierten Unmenschlichkeit.

### II.

Erinnern heißt, sich Rechenschaft darüber abzulegen, was wirklich geschah und danach zu fragen, ob es sich so - oder anders wiederholen kann. Aber, so müssen wir fragen: Sind wir Deutschen zu dieser Anstrengung des Erinnerns noch bereit? Umfragen, auch aus allerjüngster Zeit, zeigen, dass eine große Mehrheit der Deutschen offenbar einen Schlusstrich unter diese Vergangenheit ziehen möchte. Es ist naheliegend und verständlich, dass Menschen nicht immer wieder an das Negative der eigenen Vergangenheit erinnert werden wollen. Viele wissen, wie belastend und bedrängend das Erinnern sein kann. Gesucht wird die positive Erinnerung. Mehr als vierzig Jahre danach, so hören wir nicht selten, wird gefragt: „Sind vierzig Jahre nicht genug der Erinnerung?“ Aber täuschen wir uns nicht über uns selbst! Alle Erfahrung von Menschen zeigt: Was wir verdrängen, holt uns wieder ein. Niemand kann seiner Geschichte entfliehen.

Das Verdrängen wird immer wieder eine Versuchung bleiben - wir erleben es gegenwärtig. Es kann aber keine Antwort auf das Geschehen der Vergangenheit sein. Widerstehen kann nur der, der um das Ausmaß begangener Verbrechen und die grundsätzliche Gefahr ihrer Wiederholbarkeit weiß. Da es immer wieder den Versuch geben wird, Unmenschlichkeit und Verbrechen selbst dort zu leugnen, wo sich das Wissen über sie fest im kollektiven Bewusstsein der Völker verankert hat, wo es sozusagen keines erneuten Beweises für das Verbrechen bedarf, müssen wir Barbarei und begangenes Unrecht unbeirrt beim Namen nennen, wie das insbesondere seit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre von Geschichtswissenschaft und Publizistik, von engagierten einzelnen und Vereinen, von vielen Jugendgruppen - auch gegenwärtig - und Kommunen in der Öffentlichkeit immer wieder geschehen ist und weiter geschehen muss.

Statt des Verdrängens kommt es auf die Wahrhaftigkeit unseres Erinnerns an. Wir kennen die Mechanismen des Verdrängens, wie sie Christian Graf von Krockow in seiner Studie über die Deutschen beschreibt, wo er unter Bezug auf Nietzsche über das Gedächtnis sagt: „„Das habe ich getan“, sagt mein Gedächtnis. Das kann ich nicht getan haben“, sagt mein Stolz und bleibt

unerbittlich. Endlich - gibt das Gedächtnis nach".

Wenn wir genau das nicht wollen, dass nämlich das Gedächtnis nachgibt, dann kann unsere Antwort nur sein, den historischen Tatsachen nicht auszuweichen, uns ihnen zu stellen.

III.

Für die Bewertung der Wannsee-Konferenz gilt, sie eben in dem Gesamtplan der Judenvernichtung zu sehen: Bereits vor der Wannsee-Konferenz hatte das Mordprogramm der so genannten „Endlösung der Judenfrage“ eingesetzt und längst war dieser Plan grausame Wirklichkeit. Seit Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion am 22. Juni 1941 wüteten in den baltischen Ländern, in Weißrussland und in der Ukraine die vom Reichssicherheitshauptamt aufgestellten Einsatzgruppen und andere Sonderkommandos der SS.

Im Januar 1942 waren schon fast eine halbe Million jüdischer Männer, Frauen und Kinder ermordet worden. Ich erinnere an das Massaker von Babij Jar im September 1941, bei dem an zwei Tagen mehr als 33.000 Juden erschossen worden sind. Seit Oktober 1941 wurden deutsche Juden, aber auch bereits nichtdeutsche, aus ihrer Heimat in den Osten deportiert, wo ihre planmäßige Vernichtung begann. Auch die Ermordung mit Gas hatte bereits Anfang Dezember 1941 eingesetzt, schon vor der Wannsee-Konferenz.

Angesichts des so weit vorangetriebenen planmäßigen Mordens erscheint die Wannsee-Konferenz als ein Glied in der langen Kette der Massenvernichtung. Unabhängig davon, ob es bei dieser Konferenz primär um die Koordinierung aller Maßnahmen zur totalen Massenvernichtung der Juden oder um die Festlegung der Zuständigkeiten um Heydrich und die SS ging - entscheidend ist der unvorstellbare Vorgang, dass Völkermord Gegenstand einer normalen Ressortbesprechung mit begleitender Protokollierung war, die an keiner Stelle Unrechtsbewußtsein erkennen läßt.

Doch Erinnern allein genügt nicht. Wir haben uns zu fragen, was jeder tun kann und muss, um jede Form von Antisemitismus, Rassismus und Rassenwahn zu verhindern. Die nach 1945 bei uns aufgebauten demokratischen Institutionen, die sich bewährt haben, sind eine wichtige, eine unverzichtbare institutionelle Sicherung, aber noch keine Garantie gegen Rückfälle - und schon gar nicht eine individuelle Garantie gegen mögliche Rückfälle.

Gibt es im Konflikt zwischen den Zwängen pervertierter Macht und den Ansprüchen des eigenen Gewissens die Chance zur Aufrechterhaltung der Menschlichkeit, die Theodor Heuss in seiner schon zitierten Rede beschrieben hat als ein „individuelles Sich-Verhalten, ein ganz einfaches Sich-Bewähren gegenüber dem anderen“, welcher Religion, welcher Rasse, welchen Standes, welchen Berufes er auch sei? In der Tat, es hat auch damals Menschen gegeben, die sich dem Unrecht verweigerten, die Bedrängten halfen, ihnen Unterschlupf gewährten oder Gesten der Menschlichkeit zeigten. Wir sind jenen dankbar, die solche Zeichen gesetzt haben. Gerade auch an sie ist, wie ich meine, auch heute und hier zu erinnern. Sie haben sich so verhalten, weil sie - wie Hannah Arendt es interpretierte - „ganz einfach anders nicht hätten weiterleben können“, weil sie nicht anders konnten, als mit sich selbst im Reinen zu bleiben. Auf das beispielhafte Verhalten solcher Menschen gründet sich unsere Hoffnung, trotz des Wissens, wozu Menschen fähig sind, zu welchem Ausmaß an Haß, an Zerstörungstrieb, an Grausamkeit. Hoffnung - trotz Zweifel und Skepsis - lebt auch von den positiven geschichtlichen Beispielen, von guten menschlichen Beziehungen zu unseren jüdischen Mitbürgern. Gerade die Aufarbeitung der lokalen Geschichte dokumentiert Zeiten des selbstverständlichen Miteinander in vielen Lebensbereichen. Auch die hier in Berlin gezeigte Ausstellung „Jüdische Lebenswelten“ vermittelt einen Eindruck von der Vielfalt jüdischer Lebensformen in allen Kulturen der Welt und gerade auch von der Bereicherung unserer eigenen Kultur durch das Zusammenleben mit Juden. Rückfälle in Inhumanität, Ausgrenzung und Verfolgung werden immer wieder drohen. Sie ereignen sich überall in der Welt, auch bei uns. Mehr als 2.300 Straftaten wurden im vergangenen Jahr bei uns gegenüber Ausländern und Asylbewerbern verübt, darunter schwere Brandanschläge und körperliche Angriffe. Hinzu kommen Schändungen von Synagogen und jüdischen Friedhöfen. Solche Gewalttaten sind Nagelproben für unsere Gesellschaft. Hier zeigt sich, was wir aus der Geschichte denn gelernt haben. Kritische Situationen wie diese fordern unsere wehrhafte Demokratie heraus, sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu widersetzen und auf strenge Einhaltung der in unserer Verfassung verankerten Grund- und Menschenrechte zu

achten. Das gilt besonders im Hinblick auf religiös, rassistisch und politisch Verfolgte. Vergessen wir nicht: Unser Grundgesetz hat die Lehren aus der Vernichtung der Demokratie durch den Nationalsozialismus gezogen. Schutz und Verteidigung der Demokratie ist Aufgabe aller Deutschen, besonders aber auch von uns Parlamentariern, eine Aufgabe des Deutschen Bundestages, in dessen Namen ich zu Ihnen spreche.

#### IV.

„Erinnern für die Zukunft“ - dieser Aufgabe widmet sich die Gedenkstätte, die wir heute hier eröffnen. Sie ist ein Ort, der mit grausamen Bildern und Dokumenten in einer Dauerausstellung das Andenken der Opfer ehrt und die Erinnerung an die unfassbare Tat und die Täter wach hält. Ein Haus, das gleichzeitig Gedenkstätte ist und Lernort für Toleranz und Menschlichkeit zwischen einzelnen Gruppen und Völkern - ein wichtiger Lernort gerade auch gegen Antisemitismus, der weltweit und auch bei uns nicht gebannt ist.

Aber Erinnern ist mehr als geschuldete Verpflichtung. Ständig besteht die Gefahr, dass Erinnerung zum Ritual erstarrt. Zu Recht ist darum eines der erklärten Ziele der hier eingerichteten Ausstellung, den in der Vergangenheit und Gegenwart wiederholt auftauchenden Tendenzen zur Verfälschung und Verharmlosung der nationalsozialistischen Verbrechen entgegenzuwirken.

Dieser Teil unserer Vergangenheit lässt uns, indem wir uns mit ihm auseinandersetzen, wie in einem Gegenbild den Wert der Menschenrechte, der Freiheit und der Demokratie besser erkennen. Gerade wenn wir uns das Bewusstsein dafür erhalten, wie bei uns einmal die Menschenrechte verachtet, die Freiheiten verspielt und Menschen verfolgt worden sind, gewinnen wir mehr Kraft, diese Werte zu bewahren und zu verteidigen. Das ist die Chance, die uns die Erinnerung bietet. So verstehe ich den Leitgedanken „Erinnern für die Zukunft“, den sich diese Gedenkstätte gesetzt hat. Er verdeutlicht den Zusammenhang zwischen dem Erinnerungsvermögen eines Volkes und seiner Zukunftsfähigkeit. Streichen wir dabei das Wort „Vergangenheitsbewältigung“. Sie wird es nicht geben können, denn das Geschehene ist ein Tatbestand, der nicht durch sogenannte „Bewältigung“ ungeschehen gemacht werden kann. Gemeint sind Auseinandersetzung mit und Annahme der Vergangenheit, ohne die Zukunft nicht sein kann. In diesem Sinne wünsche ich dieser Gedenkstätte eine segensreiche Tätigkeit.

---

Abgedruckt in: Erinnern für die Zukunft. Ansprachen und Vorträge zur Eröffnung der Gedenkstätte. Berlin Haus der Wannsee-Konferenz 1992, S. 7-10.

© Haus der Wannsee-Konferenz, Berlin, <http://www.ghwk.de>